

Vom bunten Dissens zum alten Konsens?

Autor(en): **Wicki, Martin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **4 (1984)**

Heft 8

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652259>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vom bunten Dissens zum alten Konsens?

Bemerkungen zum Dissens-Konzept der POCH

Zwischen zunehmender Stimm- und Wahlabstinenz einerseits und einer beklagten „Initiativflut“ andererseits, zwischen Abstimmungsresultaten zu spezifischen Fragen und den Ergebnissen von Wahlen, zwischen „Entpolitisierung“ und Parteienverdrossenheit einerseits und der zunehmenden „Unregierbarkeit“ andererseits klapft unverkennbar ein Widerspruch. Zusammen mit dem Erstarken ausserinstitutioneller, ausserparlamentarischer politischer Mobilisierungen sind diese Erscheinungen als Brüche mit dem herrschenden Konsens unter dem Begriff „Dissens“ auch innerhalb der Linken zum Gegenstand politischer Analysen und Kontroversen geworden. Besonders die POCH hat im Vorfeld der letzten Wahlperioden „neue“ theoretische und strategische Konzepte entwickelt, auf die im folgenden näher einzugehen ist.

Dissens – ein analytischer Begriff?

Ein wie oben gegensätzliche Tendenzen beschreibender Begriff von Dissens kommt allerdings über die bloße Feststellung einer längst bekannten „Disintegration“ auf institutioneller elektoraler Ebene nicht hinaus. Vielmehr muss der Befund der Nichtübereinstimmung präzisiert werden, wenn er analytischen Wert gewinnen will. Es müssen die Veränderungen und Brüche erfasst werden, die heute als verbreitete Ablehnung überkommener Normen und Werte der geordneten bürgerlichen Gesellschaft, insbesondere der „typischen helvetischen Werte“ wie Arbeitsfleiss, Patriotismus, Wehrwille usw. erfahren werden. Die bürgerliche Austeritäts- und ihre zunehmend repressive Politik schaffen dafür immer neue Konfliktfelder (1).

Dabei müssen diese hemmungslose bürgerliche Politik und die zwangsläufige Marginalisierung in einem internationalen Rahmen gesehen werden. Die Krise des Kapitalismus und Imperialismus zeigt sich besonders krass an der hohen weltweiten Arbeitslosigkeit und den ungelösten Verwertungsproblemen, die auch mit der Kapitalstrategie des technologischen Angriffs nicht gelöst, sondern noch zugespitzt werden.

Gleichzeitig und ebenso gravierend ist die Krise auf der Seite der traditionellen Arbeiterbewegung, was sich in ihrer faktischen Demobilisierung ausdrückt. Bergen Demobilisierung und Entpolitisierung im Zeitpunkt verschärfter bürgerlicher Angriffe auch fatale Gefahren, so bedeutet diese Orientierungskrise innerhalb der traditionellen Linken gleichzeitig eine Chance für neue, die Integrationsmechanismen überwindende Strömungen. Als Beispiele gilt der neue Wind in der europäischen Gewerkschaftsbewegung von den militanten Kämpfen der britischen Miners über die deutsche Streikwelle für die 35-Std.-Woche bis zur italienischen unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, aussereuropäisch die Solidarność in Polen oder der Partido dos Trabalhadores PT in Brasilien (2). Wichtig erscheint mir, für den internationalen Rah-

men festzuhalten, dass die Krise von Kapitalismus und Imperialismus auch von einer Krise der reformistischen Arbeiterbewegung einerseits und des bürokratischen „real-existierenden“ Sozialismus andererseits begleitet wird, was zur strukturellen Desintegration auf ökonomischer und politisch-ideologischer Ebene hierzulande beiträgt. Ideologische Desintegration allein hat jedoch nicht von vornherein eine Radikalisierung nach links zur Folge (3). Deshalb ist die Erarbeitung von Analysen und Strategien, die den kapitalistischen und imperialistischen Konsens wirklich sprengen, heute vordringliche Aufgabe aller Linken! Es muss dem entgegengearbeitet werden, dass Demagogen von rechts mit illusorischen „Antworten“ auftrumpfen können (4).

Der Dissens im internationalen Massstab schlägt in der Schweiz auf noch relativ niedrigem Niveau ebenfalls durch, obwohl hier:

- die ökonomische Krise bisher verhältnismässig schwach war (trotz regionalen und sozialen Unterschieden);
- die schweizerischen Kernschichten der Arbeiterklasse durch die Arbeitsfrieden-Tradition und deren Verkörperung – der reformistischen Führung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie –, aber auch durch ihre noch weitgehend intakte materielle Integration, an das bürgerliche System gebunden bleiben;
- die von der Krise Betroffenen (va. Frauen, Jugendliche und ImmigrantInnen) noch meist individuell reagieren (Aussteigen, Teilzeitarbeit, Jobben) um sich dem wachsenden Druck zu entziehen;
- eine gar nie in den Konsens einbezogene und somit ideologisch desintegrierte Schicht beim ersten Krisenschub Mitte der 70er Jahre rechtlos und unverteidigt über die Grenzen abgeschoben wurde: die ImmigrantInnen. Ähnlich ergeht es den zurück zur Familie beordneten Frauen.

Wie vage, undefinierbar der Dissens in der Schweiz noch ist, zeigten die beiden grossen Demonstrationen (für Frieden 1983 und gegen das Waldsterben 1984), wo neben einer allgemeinen diffusen Unzufriedenheit auch eine Orientierungslosigkeit zum Ausdruck kam. Die Breite dieses Protestes offenbarte zwar ihre Heterogenität und ihre Ambivalenz den zentralen Institutionen gegenüber; viele der „neuen sozialen Bewegungen“ haben in den letzten Jahren wichtige Erfahrungen machen können (besonders in der Anti-AKW-Bewegung, der Frauen- und Jugendbewegung und im Häuserkampf), doch wäre es verfehlt, heute von einem neuen, breiten und klaren gesellschaftlichen Bewusstsein zu sprechen, das von dieser Erfahrungsbasis heraus politische Veränderungen anstrebt. Diese Diskussion um eine Einschätzung des wachsenden Potentials ist darum heute vordringlich.

Ich will nun etwas näher auf das strategische Konzept der POCH eingehen, wie es aus den Diskussionsbeiträgen und programmatischen Artikeln in ihrem theoretischen Organ „positionen“ und in anderer Presse hervorgeht.

„Antietatismus“ – antietatistische Regierungsverantwortung ?

Die POCH, welche das „politische Projekt zur Sammlung der Kräfte des

Dissensprozesses" zum Programm erhoben hat, interpretiert den Dissens ganz vordergründig als eine Unzufriedenheit mit „dem Staat“. Dieser Staat wird allerdings hier weniger als Garant der bürgerlichen Ordnung, als Instrument der kapitalistischen Verwertungsinteressen analysiert, sondern als Verkörperung eines die individuellen Freiheiten einschränkenden und die Erneuerungen hemmenden, überkommenen „Polit-Establishment“, das es einfach zu ersetzen gilt. Für diese „neue Politik“ sind also die diversen „Bewegungen im grünen Bogen“ zu einer „bunten Koalition“ gegen die Ausdehnung der sozialen Kontrolle, die wachsenden überwachungs- und polizeistaatlichen Tendenzen oder die versuchte Revitalisierung traditioneller Werte zusammenzufassen. Ein solcher „Antietatismus“ soll zum tragenden Element des Dissens werden:

„Der Staat ist durch diese Entwicklung zum Katalysator neu aufbrechender gesellschaftlicher Antagonismen geworden. (. . .) Die bunte Koalition/Fraktion hat somit einen durchaus antietatistischen Charakter. Die Vorstellungen über gesellschaftliche Entwicklungen, darüber wie diese weiter gehen sollen, brechen scharf mit den Vorstellungen eines sozialistischen Staates, wie sie die kommunistische Internationale entwickelt hat.“ (5)

Vorerst geht es aber nicht um einen Bruch mit dem „sozialistischen Staat“, sondern darum, wie mit dem schweizerischen bürgerlichen Staat gebrochen werden kann. Interessant wird nun hier die Frage, welche Strategie die POCH diesem bunten Konglomerat vorzuschlagen hat.

„Bunte Fraktion heisst somit der Versuch, grüne, alternative, aber auch mehr traditionalistische Kräfte aus dem roten Spektrum und vor allem intermediäre Strömungen zu einer vielfältigen neuen *Oppositionskraft im parlamentarischen Rahmen* zusammenzufassen.“ (6)

Die „vielfältige Oppositionskraft im parlamentarischen Rahmen“ gegen das „Polit-Establishment“ zusammenzufassen soll also das Neue und Revolutionäre an der POCH-Strategie sein. Und dabei geht die POCH sehr weit. So hat etwa der Kandidat für den Grossen Rat (Exekutive) bei den letzten Wahlen in Basel, G. Degen, auf die Frage seiner Beteiligung (eine wohlverstandene Minderheitliche) an der Regierung geantwortet:

„Ich würde versuchen, mich zu profilieren, wäre aber gegebenenfalls auch kompromissbereit. Man muss schliesslich Mehrheitsentscheidungen akzeptieren.“ (7)

Und bei dieser Kompromissbereitschaft geht es keineswegs um divergierende Strömungen im „grünen Bogen“, sondern schlichtweg um opportunistische Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Mehrheit (8). Sein Verhalten in der Regierung orientiere sich gewiss in jedem Fall „an den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung“ und nicht mehr am „Parteiolk“, versichert er. Spätestens hier schlägt das politische Projekt der Dissens-Sammelbewegung in ein geradezu biederes Reintegrations-Projekt um, in ein neues reformistisches Projekt des alten Konsenses: die bunte Form von Klassenkollaboration und Demobilisierung. Zunehmende parlamentarische und gouvernementale Partizipation mit ausserparlamentarischen, verzettelten 'pressure groups' sollen die „Macht“ sukzessive ausweiten. Den Bewegungen bietet sich die POCH,

allen Beteuerungen, den „Alleinvertretungs-Anspruch“ aufgegeben zu haben, zum Trotz, als „Organisationshülle“, als „Instrument der Gesamtbewegung“ an (9). Während die reformistische Sozialdemokratie sich immerhin noch an soziale Schichten gebunden sieht, löst die POCH auch diese Bindung als „Tabu“ auf. G. Degen findet darum beispielsweise den Stellenabbau in Basel gerade noch „teilweise recht unvernünftig“. Die missliche Finanzlage des Kantons blockiere im übrigen aber weitgehend die Erhöhung der Sozialausgaben.

„Dies ist zu einem guten Teil auf das neue Lohngesetz mit seinem bis in die obersten Lohnklassen reichenden unbeschränkten Teuerungsausgleich zurückzuführen.“ (10)

Zur Finanzkrise des Staates fällt dem „Antietatist“ Degen zuerst mal das Lohnniveau ein! Auch L. Schelbert, Stadtratskandidat der Progressiven in Luzern, ist durchaus flexibel und kompromissbereit:

„Ich gehe nicht davon aus, dass im Stadtrat als Behörde in allen politischen Fragen immer die gleichen Personalverbindungen für einen Entscheid den Ausschlag geben. (. . .) Die Praxis würde zeigen, dass ein POCH-Stadtrat viel mehr ist als ein Alibi. (. . .) Wie die Praxis zeigt, braucht der Stadtrat dringend eine konsequente Stimme für die Umwelt. (. . .) Wir sind und ich bin fähig zu Kompromissen, das wissen alle Beobachter des Ratsbetriebs. Bis heute vermisse ich aber den Willen der Bürgerlichen, mit uns zusammenzuarbeiten.“ (11)

Diese Kollaborationspolitik ist eine Folge der politischen Erörterungen zum „Niedergang der Linkseinheit“. Im Gegensatz zur SAP-Politik, die mit „neuen Themen“ die Politik der „herkömmlichen Politstrukturen die Linke zu radikalieren“ versuche, propagiert T. Heilmann den „Bruch mit dem herkömmlichen Schema der Links-Rechts-Auseinandersetzung zu vollziehen, weil in diesem Schema sich der in unserer Gesellschaft vorhandene Antagonismus nicht mehr adäquat artikulieren kann“ (12). Anscheinend sind die bürgerlichen Institutionen für die POCH weniger „herkömmlich“ als Gewerkschaften oder politische Organisationen der Linken. Dass der Wille der POCH zum Konsens stark ist, war seit dem öffentlichen Bekenntnis von A. Herzog zur „Landesverteidigung“ anlässlich der Wahl BR Friedrichs vor zwei Jahren nicht mehr zu bezweifeln. Antietatistische Verteidigung des bürgerlichen Staates?

„Bunte Koalition“ als „a-klassistisches Konzept“

Die neuen Bewegungen, oder wie T. Heilmann sie bezeichnet, die „Fundamentalopposition“, sind denn

„längst nicht mehr mit der Katechetenweisheit der in Ehren ergrauten organisierten Arbeiterbewegung zweit- oder dritt-internationalistischer Prägung in den Griff zu bekommen.“ (13)

Ebenso stellt die Existenz dieser Bewegungen schon durch ihre Heterogenität, die Konzeption eines revolutionären politischen Subjekts in Frage. Mehr noch, man verabschiedet sich von dieser Frage. Denn es geht:

„ . . . um den Abschied vom essentialistisch konzipierten revolutio-

nären Subjekt, d.h. von der Suche nach einer in ihrem Wesen revolutionären sozialen Kategorie.” (14)

Und anstelle eines in der POCH offenbar bis anhin wirkenden politischen Essentialismus treten nun die realen Bewegungen:

“Die ‚Bunte Koalition/Fraktion‘ nimmt als Ausgangspunkt die real handelnden gesellschaftlichen Bewegungen und beurteilt diese aufgrund ihrer Stellung innerhalb des gegenwärtigen politischen Kräftespiels und nicht aufgrund ihrer ‚Klassennatur‘ (Arbeiter, ‚Kleinbürger‘, neue Mittelschichten, Bauern) (. . .) Insofern ist die ‚bunte Koalition‘ nicht eine ‚interklassistische Koalition‘, sondern eine ‚aklassistische‘ Konzeption, dh. die Klassenzugehörigkeit ihrer Teilnehmer ist zunächst einmal schlicht nicht von Interesse.” (15)

Als Kriterium für die Analyse des Veränderungspotentials gelten nicht die Konstellationen der Klassenkämpfe, sondern die zufällig aktualisierbare Mobilisierungsbereitschaft (16). Angesichts der vor allem durch die lange Arbeitsfriedenstradition demobilisierten Arbeiterbewegung ist es auch nicht weiter erstaunlich, dass diese für politisch Aktive wenig attraktiv ist, auch wenn die grosse Mehrheit der vom Dissens erfassten lohnabhängig ist (17). Von Ausnahmefällen abgesehen, steht heute aus unterschiedlichen Gründen die traditionelle Arbeiterbewegung bei ökologischen, feministischen, pazifistischen und Jugendmobilisierungen am Rand. Dennoch weist ihr die POCH im Konzept der „bunten Koalition“ ein Plätzchen zu, stelle auch sie doch immerhin „heute eine Minderheit unter vielen“ dar (18). Gleichberechtigt steht sie dann in ihrem ergrauten Rot neben dem saftigen Grün, feministischem Violett, ja, man findet gar noch Gefallen an der neuen spiritualistisch-religiösen Couleur . . . (19). Wie doch dieses gemeinschaftliche Nebeneinander dem bürgerlichen Konzept der „pluralistischen Gesellschaft“ nahe kommt, selbst dann noch, wenn von einem „pluralistisch strukturierten Disloyalitätsprozess“ die Rede ist (‘positionen’ 50/51).

Neuer Dissens des alten Konsenses – oder antikapitalistische Opposition

Der Vorschlag für eine bunte Koalition entpuppt sich also bei genauerem Betrachten als ein Programm, durch Strategien des Dissenses den alten Konsens zu erweitern und zu erneuern. Und dies alles unter der Parole, den „Avantgardeanspruch“ aufgegeben zu haben:

„Ich sehe die POCH als einen von vielen ‚Generalstäben‘ – in sieben Führungszeichen –, der mehr ist als eine Zeitungsredaktion, die ja bei der Entwicklung eines Konsens‘ innerhalb der Dissensbewegung eine ähnliche Rolle spielen kann. Man knüpft mit der politischen Partei an die traditionellen Verhaltensmuster an, an die der Arbeiter zum Beispiel, die gegen die Bewegungen der Aussteiger sind.” (20)

Das Wecken von integrativen Hoffnungen in den bürgerlichen Staat und seine Institutionen bedeutet im Effekt Resignation und Entpolitisierungstendenzen zu unterschätzen, die diese nach sich ziehen. Heute gilt es vielmehr, die Strategie in den vereinzelt Kämpfen so anzulegen, dass das Kräfteverhältnis zugunsten der Lohnabhängigen gegen den Kapitalismus verändert wird. In

einer solchen, als gegenseitiger Lernprozess angelegten Strategie, kann der „Dissens“ nur Ausgangspunkt der antikapitalistischen und antiimperialistischen Hegemoniebildung sein. Die Politik der Bürgerlichen und des Imperialismus in Form von Krise, Arbeitslosigkeit, Aufrüstung und Kriegsdrohung müssen mit einer breiten antikapitalistischen sozialen Opposition abgewehrt werden, ebenso die „neuen“ reaktionären, frauenfeindlichen und faschistischen Strömungen. Darauf bereitet eine kompromissbereite Form der Zusammenarbeit mit dem „demokratischen Bürgertum“ nicht vor, sondern nur eine konsequente und transparente, auf eine Reorganisation der gesellschaftlichen Prozesse ausgerichtete Politik. Statt Strategien, die „den sich formierenden alternativen Block als neues antagonistisches Element in der schweizerischen politischen Landschaft stabil zu verankern“ anstreben (T. Heilmann in 'positionen' 48/49), ist heute eine Verbreitung und Vertiefung der Bewegungen um einen sozialen Kern, in einer antikapitalistischen und antiimperialistischen Aktionseinheit anzustreben (21). Zugegeben, ein solches Konzept ist längerfristig angelegt und elektoralistisch nicht so schnell durchschlagend, wie es sich die POCH von der „bunten Koalition“ (nur zum Teil bestätigt) erhoffte. Grundsätzlichen Fragen kann dabei nicht ausgewichen werden, vielmehr müssen sie dort aufgegriffen werden, wo sie entstehen: Zugunsten „breiterer Bündnisse“ darauf zu verzichten und verbal einen scheinbaren antibürgerlichen Konsens zu beschwören, kann „unangenehme Überraschungen“ nach sich ziehen, wie etwa neulich der Positionsbezug der gemässigten Grünen gegen die einheitlich von Frauen- und Arbeiterorganisation zur Abstimmung gebrachte Mutterschafts-Schutz-Initiative zeigt.

ANMERKUNGEN

- 1) Der 'Dissens' ist der desintegrierte Zwillingbruder des Komplexes Entfremdung/Entwurzelung/Warenfetisch.
- 2) vgl. zum PT 'bresche' Nr.247/84; 210 und 211/82, zu Italien Nr.243/84
- 3) vgl. etwa das Abdriften enttäuschter KP- und SP-WählerInnen zu den Faschisten Le Pens in Frankreich.
- 4) Die Reintegration durch xenophobe oder offen rassistische Bewegungen ist auch für die Schweiz nichts Exotisches mehr (Vigilants in Genf, NA in Bern und anderswo). Die Angst und Unzufriedenheit des NA-Potentials ist im Gegensatz zum beschriebenen 'Dissens' weitgehend integriert. So trifft dort weder zunehmendes instrumentelles Arbeitsverhalten noch abnehmender „vaterländischer Wehrwille“ zu. Doch können solche Elemente in Dissensbewegungen auftreten (etwa die „braunen Grünen“ im ökologischen Bereich), und es ist wichtig, deren demagogisches, integratives Projekt zu denunzieren.
- 5) T. Heilmann: „Roter Hund – bunter Vogel“ in 'positionen' 45/46
- 6) ebenda (Unterstrichen durch mich)
- 7) G. Degen: „Wichtig sind radikal-humanistische Ideen“; Interview in der BaZ Nr. 19, 23.1.84
- 8) Im gleichen Interview mit der BaZ wird die Forderung nach vollem Teuerungsausgleich relativiert.
- 9) T. Heilmann: „Die POCH und die Dissensbewegungen“ in 'positionen' 48/49
- 10) G. Degen: „... radikal-humanistisch ...“ aaO.
- 11) L. Schelbert: „In den Stadtrat muss eine Stimme für die Umwelt“, Interview in den LNN Nr. 105 vom 5.5.84

- 12) T. Heilmann: „... Dissensbewegungen“ aaO.
- 13) ders.: „Roter Hund . . .“ aaO. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass sich die Theoretiker der POCH immer wieder von „Sozialismus“ und „Marxismus“ abzusetzen trachten, indem sie deren Positionen arg karriert und verfälscht wiedergeben. A. Rieger (in 'positionen' 48/49) sieht darin einerseits eine Abrechnung mit der eigenen (neo-stalinistischen) Vergangenheit und Begriffsfassung, andererseits eine Abwehr der lebhaften aktuellen marxistischen Diskussion.
- 14) ebenda
- 15) ebenda
- 16) vgl. auch die Behandlung der „neuen sozialen Bewegungen“ in der bürgerlichen Soziologie, insbesondere Kriesis „Protestpotential“-Begriff in seinem demnächst bei Campus erscheinenden Buch zur politischen Aktivierung in der Schweiz.
- 17) Dass die Arbeiterbewegung sich auch erfolgreich in die „neue soziale Problematik“ einmischen kann, zeigt die Verhinderung der Inbetriebnahme des AKW Lemoniz durch die baskische Anti-AKW-Bewegung geradezu exemplarisch. Während diesem Kampf traten die 5000 Bauarbeiter in den Streik, und die AKW-Bewegung setzte sich für sinnvolle alternative Beschäftigung der betroffenen Arbeiter ein (vgl. 'bresche' Nr.249/84)
- 18) G. Degen: „Der Dissensprozess umfasst ausnahmslos alle Schichten“, Interview mit der WoZ, Nr.23 vom 8.6.84. Auch an dieser Stelle muss auf die in der stalinistischen Tradition der POCH begründete enge Definition der Arbeiterklasse hingewiesen werden (vgl. dazu A. Rieger aaO.). Rieger entwickelt neben einem umfassenderen Begriff auch eine Begründung für eine Beibehaltung der sozialen Kategorie bei der Definierung des revolutionären Subjekts.
- 19) B. Schneider: „Rot-grüne Erweiterungen“ in 'positionen' 44. In diesem Zusammenhang verwundert mich, dass im doch sehr bunten Spektrum die ImmigrantInnen fehlen, welche einen wesentlichen Anteil der Werkstätigen hierzulande ausmachen – auch wenn sie keine Wahlzettel erhalten . . .
- 20) WoZ-Interview mit G. Degen
- 21) F. Osterwalder beschreibt die Erfahrungen der SAP in diesem Prozess anhand des Beispiels der Uhrenindustrie in: „Krise der Gewerkschaftspolitik“ Widerspruch 7, 1984.

INSERAT

Otto F. Walter und Niklaus Meienberg und 18 weitere AutorInnen

«Vorschlag zur Unversöhnlichkeit»

Die Schweizer Literatur seit 1945: ein grosser Krämerladen? Und wie steht es um den neuen Schweizer Film?

Die **Debatte über Realismus und Subrealismus**, die in der **WochenZeitung** seit einem Jahr geführt worden ist, ist jetzt als **Broschüre** erhältlich im Buchhandel oder direkt bei der **WoZ**.

Ich bestelle: Ex. der Broschüre «Vorschlag zur Unversöhnlichkeit» (80 Seiten A4) à Fr. 15. —.

Name: Vorname:

Strasse: PLZ: Ort:

Talon an WoZ, Postfach, 8042 Zürich